Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 183.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 14. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Der Reichstag

hat die erste Berathung des Reichshaushaltsetats in zwei Sitzungen (Sonnabend und Montag) beendet. Von den beiden Sitzungen war die erste am bedeutendsten und zugleich entscheidend für das Schicksal der Vorlage. In den Augen des großen Zuschauer- und Zuhörer-Publikums gewann die erste Sitzung noch ein besonderes Interesse durch das Auftreten des ersten Helden. Fürst Bismarck war auch diesmal wieder ganz interessant, aber seine Rolle war keine glückliche. Der Grundton seiner Rede war eine tiefe Verstimmung. Die Opposition im Reichstage, die büreaukratischen Ressortfehden, der Widerstand der partikularistischen Mächte, die unfertigen Zustände der Reichsverfassung und ebenso das Verlangen aller nationalen Elemente nach Besserung dieser Zustände, Alles erfüllt ihn mit Mißvergnügen. Die Klage über die zu überwindenden „Friktionen", welche seine Kräfte verbrauchen, kehrte wiederholt in seiner Rede wieder. Fürst Bismarck zeigte sich nervöser als je und ließ sich zu persönlichen Angriffen hinreißen, wo nur sachliche Widerlegungen wirken könnten. Die Gereiztheit gegen Herrn Richter wird den Meisten ganz unerklärlich gewesen sein, da der Finanzier der Fortschrittspartei diesmal sachlicher als je gesprochen und alle persönlichen Seitenhiebe auf den Reichskanzler vermieden hatte. Nachdem bereits der Abg. Lasker im Namen der nationalliberalen Partei und der Redner der Konservativen, Herr v. Maltzahn-Gültz, sich theilweise mit den Richter'schen Anträgen, (vergl. unser letztes Mittagblatt) einverstanden erklärt hatten, mußte sich doch Fürst Bismarck sagen, daß sie nicht die lächerlichen Konsequenzen, welche er selbst daraus zog, rechtfertigen.

Weit glücklicher war Fürst Bismarck in der Rechtfertigung seiner Verwaltung gegen die in einer früheren Sitzung erhobenen Vorwürfe der Rücksichtslosigkeit und der mangelnden Leistungsfähigkeit. Er zeigte sich darin wieder als ein großer Feind des Büreaukratismus und scheute sich nicht, die Fehler, wodurch die Verspätung der Etats-Vorlage verschuldet ist, mit einer Offenheit darzulegen, welche allen Geheimen Räthen eine Gänsehaut bereiten muß und ihm eine Untersuchung wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eintragen würde, — wenn Fürst Bismarck nicht zufällig ihr Vorgesetzter wäre.

Am schwersten hat vor drei Jahren die Marine-Verwaltung gegen die Disziplin des Reichskanzlers gefehlt, indem sie ihre Forderung ihm gegenüber aufrecht erhielt und dem Reichstage oder — wie sich Fürst Bismarck ausdrückte — Herrn Richter (Hagen) gegenüber aufgab. Dieser Erfolg solle den Führer der Opposition nicht ermuthigen und deshalb versicherte der Reichskanzler ihm, daß solche Vorgänge sich nicht wiederholen werden. Klingt eine derartige Versicherung nicht, wie das Echo eines Donnerwetters, welches der Jupiter im Reichskanzleramt losgelassen hat?

Mit großer Befriedigung haben wir vernommen, daß der Reichskanzler für das nächste Jahr Steuerreformen in Aussicht stellt. Derselbe sagt wörtlich:

> Nun, ich erkläre also, daß wir vor der Hand innerhalb des Reichskanzleramts und in den Behörden mit Zuziehung der preußischen Behörden, die uns ihren Beistand leihen, damit beschäftigt sind, eine Steuerreform vorzubereiten, daß ich die Hoffnung habe, daß Sie, und zwar in dem von dem Herrn Abgeordneten Richter getadelten Sinne, bei einer Verstärkung der indirekten Steuern uns zur Seite stehen werden. (Bravo! rechts. Aha! links.) Wir hoffen, sie Ihnen bei der nächsten Reichstagssession vorzulegen.

Wenn die Richtung dieses Reformplanes darauf hinausgeht, die indirekten Steuern zu vermindern, um die unteren Steuerklassen von den direkten Steuern mehr zu entlasten, so erklären wir uns damit vollständig einverstanden; wir wollen nur wünschen, daß die Arbeiten im Reichskanzleramts auch wirklich zu Steuerreformen, die dem Staate und den Gemeinden dringend noththun, führen möchten!

Die vom Abg. Lasker ausgesprochene und vom Abg. Richter (Hagen) wiederholte Forderung nach verantwortlichen Reichsministern oder wenigstens einem Finanzminister des Reichs gab dem Reichskanzler Gelegenheit zu einer Betrachtung über die Vertheilung der Gewalten zwischen Reich und Partikularstaaten, Reichskanzleramt, Bundesrath und preußischen Ministerium. Seine Darlegung der vorhandenen Mängel ließ an Offenheit nichts zu wünschen übrig und seine Behauptung, daß, weil diese Mängel in der Organisation der Gewalten bestehen, die Errichtung von Reichsministerien nicht die Reichsmacht stärken, sondern den Partikularismus aufstacheln würde, mag im Großen und Ganzen richtig sein, aber daraus folgt nicht, daß die Dinge den Enkeln überlassen werden müssen, sondern daß wir heute schon die bessernde Hand an Zustände legen, die Fürst Bismarck selbst als nahezu unerträglich geschildert hat.

Die „Berl. Aut. Korr." kann der Rede des Reichskanzlers in der Sonnabend-Sitzung auch keinen Geschmack abgewinnen. Das Organ der nationalliberalen Partei stellt das Auftreten des Fürsten Bismarck in offenbaren Gegensatz zu den sachlichen Erörterungen der Mitglieder des Reichstags und konstatirt, daß die Auseinandersetzungen des Reichskanzlers auf die Etatsberathung keinen Einfluß geübt haben. Die Korrespondenz äußert sich wie folgt:

Soweit sich die einzelnen Redner, die aus der Mitte des Hauses das Worter griffen, mit dem Budget selber beschäftigten, sind erhebliche Differenzen nicht zu Tage getreten. Sämmtliche Redner ließen dem Budget eine geschäftsmäßige und sachgemäße Behandlung zu Theil werden und zogen keine sonstigen Streitpunkte mit in die Diskussion. Die Mehrausgaben, welche der Reichshaushaltsetat für das Jahr 1877—78 in Aussicht nimmt, füllen keinen so weiten Rahmen aus, um in der Generaldebatte für sich einen breiten Raum zu beanspruchen, viel wichtiger ist die Frage der Deckungsmittel; in Bezug auf diese wurden gewisse Punkte hervorgehoben, die sich um einen gemeinsamen Gedanken gruppiren, nämlich den, auf die Ueberschüsse des Reichsinvalidenfonds zurückzugreifen, um dadurch die im Wege der Matrikular-Beiträge aufzubringende Deckung einzuschränken. Selbst die Erklärung, welche der Reichskanzler im Laufe der Debatte abgab, daß er keine wesentliche Schwächung der Bestände des Reichsinvalidenfonds zugeben werde, wird an der anscheinend von der großen Mehrheit des Reichstags getheilten Absicht nichts ändern. Denn auf Seiten dieser Mehrheit besteht nicht die Absicht, Angriffe auf die Kapital-Bestände des Reichsinvalidenfonds zu unternehmen, weil es andererseits ganz wundersam wäre, wenn Matrikularbeiträge in einem allseitig für zu hoch erachteten Betrage ausgeschrieben würden, wo Ueberschüsse bereit liegen, die ohne Verwendung für laufende Ausgaben lediglich dazu dienen, einen Fonds zu erhöhen, der seiner gesetzlichen Bestimmung gemäß im Laufe einer gewissen Reihe von Jahren sich aufzehren soll. Nicht um Angriffe auf das Kapital des Reichsinvalidenfonds handelt es sich, sondern nur um eine Heranziehung der Ueberschüsse desselben zu den laufenden Ausgaben des Reichs. Die von einer Seite vorgeschlagene Veräußerung von Beständen des Reichsinvalidenfonds, um dadurch der Aufnahme einer Anleihe zu entgehen, empfiehlt sich schon um deswegen nicht, weil die Realisirung der Werthpapiere, in denen der Invalidenfonds angelegt sei, zur Zeit unvortheilhaft wäre. Der bisherige Verlauf der Budgetdebatte hat ergeben, daß sich über die Deckungsmittel eine Verständigung im Reichstage erzielen lassen wird, für welche auch von Seiten der Regierungen, die an der Erhöhung der Matrikularbeiträge gewiß kein Interesse haben, die Zustimmung nicht ausbleiben wird. Eine weit größere Wichtigkeit hat die Budgetdebatte durch die darin klar zu Tage getretenen Mängel in der Organisation des Reiches erhalten. Wir selbst haben immer darauf hingewiesen, daß diese Frage eine der wichtigsten, ja daß sie geradezu in den Mittelpunkt der Reichspolitik zu stellen ist. Niemals aber ist die Planlosigkeit, welche in Bezug auf diese Frage herrscht, so sehr zu Tage gekommen, wie gerade in der gegenwärtigen Budgetdebatte. Man möchte fast glauben, daß die Absicht bestanden hat, ad oculos zu demonstriren, wie sehr die Organisation des Reiches im Argen liegt. Einmal auf die Tagesordnung gesetzt, wird diese Frage den Reichstag und die öffentliche Meinung in Deutschland von Grund aus in Anspruch nehmen, so daß wir Gelegenheit haben werden, darauf noch ausführlicher zurückzukommen. Wollten wir die Aeußerungen, zu welchen der Reichskanzler sich bewogen sah, wörtlich nehmen und darin etwas mehr als augenblickliche Aperçu's erblicken, so würden sie eigentlich darauf hinauslaufen, daß nichts geschehen soll, daß man ruhig abwarten soll, wie das Reich sich gewissermaßen routinemäßig entwickele. Beiläufig gesagt, zeigte sich in der Rede des Reichskanzlers noch ein anderer Mißstand, welcher dem Eindruck derselben nachtheilig war. Ohne dem Verlaufe der Debatte persönlich beigewohnt zu haben, also ohne eigene Kenntniß dessen, was vorhergegangen war, griff der Reichskanzler in die Debatte ein und legte seinen Ausführungen einen aus einzelnen Aufzeichnungen unvollkommen und mißverständlich zusammengestellten Bericht zu Grunde; so kam es denn, daß der Reichskanzler übersah, wie einzelne Gesichtspunkte, die er entwickelte, vorher schon in die Debatte gezogen und verhandelt worden waren. Schon aus diesem Grunde möchten wir, ehe nicht eine weitere Aufklärung stattgefunden hat, uns enthalten, die Sonnabendrede des Reichskanzlers zur Grundlage einer die Reichspolitik in ihrem tiefsten Grunde erfassende Auseinandersetzung zu machen.

In der Montag-Sitzung wurde die erste Berathung des Reichshaushaltsetats fortgesetzt. Sie bildete den minder interessanten Nachtrag zu der vorhergehenden Sitzung. Bemerkenswerth ist, daß auch der zur deutschen Reichspartei gehörige Abgeordnete Lucius, der in nahen Beziehungen zum Reichskanzler steht, sich für die Errichtung von Reichsministerien aussprach. Ein Abgeordneter aus Lothringen, der bekannte Ex-Bürgermeister von Metz, Herr Besanson, brachte ein hochpolitisches Moment in die Debatte, er verlangte die Abtretung von Elsaß-Lothringen und sicherte dem deutschen Reiche dafür die Verzeihung Frankreichs zu, in Folge dessen dann unser Militäretat verringert und die Ausgaben vermindert werden könnten. Der konservative Abgeordnete v. Kleist-Retzow verwies dem gegenüber auf die geschichtlichen Thatsachen, die sich nicht rückgängig machen lassen. Nachdem schließlich der Landes-Direktor Rickert nochmals den Standpunkt der Mehrheit des Hauses genau dargelegt hatte, wurden alle diejenigen Titel, welche Mehrforderungen enthalten, sowie noch einzelne Kapitel aus dem Militäretat an die Budgetkommission verwiesen. Im engen Zusammenhange mit dem Etat stehen die von dem Abgeordneten Richter (Hagen) und Gen. in Gesetzesform eingebrachten Anträge, die deshalb ebenfalls der Budgetkommission überwiesen wurden. Die erste Berathung dieser Anträge gab dem Antragsteller Gelegenheit, die gegen ihn und die liberale Finanzpolitik erhobenen Vorwürfe des Herrn v. Kleist-Retzow und des Fürsten Bismarck in einer kurzen, glänzenden Rede zurückzuweisen und seine scharfen Angriffe auf die Gegner zu richten.

Nachdem die erste Berathung des Reichshaushaltsetats beendet und die wichtigsten Abschnitte des Etats an die Budgetkommission verwiesen worden sind, werden die Theile des Etats, welche zur zweiten Berathung im Plenum übrig geblieben sind, vom Reichstage in wenigen Sitzungen erledigt werden. Dadurch gewinnt der Reichstag einige Zeit für die Berathungen anderer Vorlagen. In Folge dessen wird sich die Geschäftslage des Reichstags nach der „Berl. Aut. Korr.", in der nächsten Zeit wie folgt gestalten:

Es werden den Reichstag zunächst die Vorlagen wegen der Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen und wegen des Reichsgerichts beschäftigen, sowie der von den Deutschkonservativen eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen des Titel VII der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Gesellen und Lehrlinge zu ihren Arbeitgebern. Wahrscheinlich wird mit der Debatte über den letzteren Gegenstand diejenige über einen ähnlichen Antrag verbunden werden, der, wie wir hören, in nächster Zeit aus dem Schooße der nationalliberalen Partei zu erwarten ist. Es wird dieser Antrag den Rahmen nicht so weit spannen, noch sich alles dasjenige aneignen, was aus den interessirten Kreisen gefordert wird. Die Debatten werden voraussichtlich sehr eingehend geführt werden; die nationalliberale Partei wird in dieselben mit dem vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit dessen, was sie in ihrem Antrage formulirt hat, eintreten. Der an den Reichstag gelangte Enquete-Bericht (Ergebnisse der über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter und Ergebnisse der über die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken auf Beschluß des Bundesraths angestellten Erhebungen, zusammengestellt im Reichskanzleramt) wird nicht zum Gegenstande einer besonderen Debatte gemacht werden, sondern man wird darauf gelegentlich der Debatte über die erwähnten Anträge zurückkommen. — Mit der ersten Berathung des auf die Gesetzgebung für Elsaß-Lothringen bezüglichen Gesetzentwurfs wird wahrscheinlich die Debatte über den Antrag verbunden, welchen die zur klerikalen und Protest-Partei zählenden Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen mit Unterstützung einiger Polen und Ultramontanen eingebracht haben und der die baldmöglichste Abänderung des Gesetzes vom 30. Dezbr. 1871, betreffend die Einrichtung der Verwaltung in Elsaß-Lothringen, bezweckt. Die Autonomisten haben sich diesem Antrage nicht angeschlossen, woraus wohl zu entnehmen ist, daß sie, ihre Bestrebungen auf praktische Ziele richtend, sich dem Regierungsentwurfe anschließen werden.

Deutschland.

△ **Berlin**, 12. März. In parlamentarischen Korrespondenzen wird mehrfach gemeldet, daß man die Feststellung des Reichshaushaltsetats vor Ostern, ungeachtet der darauf gerichteten Bestrebungen des Präsidenten von Forckenbeck, für unausführbar halte. Es wird dann hinzugefügt, daß in diesem Falle wohl die Regierung, wie es früher mehrfach für den preußischen Staatshaushalt geschehen ist, eine außerordentliche Ermächtigung zur einstweiligen Fortführung der Finanzverwaltung nach dem früheren Haushaltsgesetze erbitten werde. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß an maßgebender Stelle im Reichskanzleramt die Hoffnung auf Erledigung des Haushalts von Ostern noch nicht aufgegeben ist und daß man den lebhaften Wunsch hegt, die auf rechtzeitige Erledigung gerichteten Bestrebungen des Reichstagspräsidenten gelingen zu sehen. — Der Reichskanzler hat in seiner Rede am Sonnabend bestimmte Absichten der Reichsregierung in Betreff der demnächstigen Behandlung der Steuerfrage in dem Reiche angekündigt. Die oft verlangte Steuerreform soll im ganzen Zusammenhange zum nächsten Winter in Angriff genommen werden. Bis dahin hat es die Reichsregierung nicht für angemessen gehalten, ihrerseits mit einem einzelnen Steuerprojekt vorzugehen, und eben deshalb sich darauf beschränkt, die Deckung der Bedürfnisse durch Matrikularbeiträge herbeizuführen. Daß dies der verfassungsmäßig normale Weg ist, hat der Reichskanzler unter Hinweis auf Artikel 70 der Reichsverfassung betont. Die Position, die der Reichskanzler in dieser Beziehung genommen, beruht unzweifelhaft auf ausdrücklichen Beschlüssen innerhalb der Reichsregierung und gewiß ebenso innerhalb des preußischen Staatsministeriums wie des Reichskanzleramts. Es ist deshalb müßig, die Abwesenheit des Finanzministers Camphausen bei der Sonnabendsitzung als ein Zeichen deuten zu wollen, daß derselbe Bedenken getragen habe, seinerseits für die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Frage des Haushalts einzutreten. Es darf vielmehr versichert werden, daß über die Behandlung des Reichshaushalts unter allen Betheiligten volles Einverständniß obgewaltet hat*). — Der Reichsjustizamt, welches jetzt noch im Gebäude des Reichskanzleramts, zu dem es bis vor Kurzem als Abtheilung gehörte, untergebracht ist, soll demnächst das erste Stockwerk in dem von Decker'schen Hause beziehen, dieselben Räume, welche schon seit einer Reihe von Jahren für Zwecke des auswärtigen Amts gemiethet waren. Falls der Ankauf des Grundstücks für das Reich perfekt würde, dürften wohl auch noch andere Zweige der Reichsverwaltung in dem leicht zu erweiternden Gebäude Raum finden, vorbehaltlich der etwaigen Bestimmungen über die Benutzung der weiteren noch unbebauten Flächen des Grundstücks. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß der Beschluß darüber vollständig vorbehalten ist.

— Außer den Etatsfragen, über welche wir in unserem leitenden Artikel sprechen, beschäftigte den Reichstag in der Montagsitzung auch eine Interpellation von Richter-Meißen, der zur deutschen Reichspartei gehört, wegen Revision der Gewerbeordnung. Die Debatte gestaltete sich zur formell und materiell siegreichen Zurückweisung eines schwach kombinirten wirthschaftlichen Reaktionsversuches. Formell wurde die Interpellation durch die Erklärung des Herrn Reichskanzleramts-Präsidenten abgefertigt, daß die Reichsregierung in dieser Session keinenfalls irgend eine Vorlage im Sinne der Interpellanten machen werde; in materieller Hinsicht wiesen Braun-Glogau und Richter-Hagen, welche das nähere Eingehen auf die Interpellation beantragt hatten, darauf hin, daß letztere aller Präzision (wie reformirt werden solle) entbehre, und wesentlich die Rückkehr zum abgethanen System der Polizeifürsorge in wirthschaftlichen Dingen verlange. Beide liberale Redner waren mit dem Präsidenten des Reichskanzleramtes einverstanden, daß die jetzige schlechte Zeit nicht etwa die Reform der Gewerbe-Ordnung (an welcher allerdings so Manches ergänzt und verbessert werden könne) begünstige, sondern daß man dem wirthschaftlichen Leben eher noch schade, indem man Unsicherheit in

---

*) Wie die „K.-Z." hört, werden, da die Steuerreform in der nächsten Session in die Erscheinung treten soll, sämmtliche etwa an den Bundesrath gelangende Anträge auf anderweitige Ausnützung bestehender Steuern als Material für die schwebenden Projekte benutzt werden und daher während dieser Session auch im Bundesrath noch nicht zu einem bestimmten Abschluß gelangen. Auch die Frage der Retorsionszölle scheint in gleicher Richtung vertagt zu sein, während bis vor wenigen Wochen die Absicht bestand, das Gesetz in erweitertem Umfange, nicht auf Eisen beschränkt, sondern auf Spiritus und Zucker ausgedehnt, wieder vorzulegen.

die wirthschaftliche Gesetzgebung hineintrage. Daß über einzelne Materien wie z. B. das Lehrlingswesen von der Regierung wie von der nationalliberalen Partei Enquête veranstaltet werde (die Fortschrittspartei weist diese Frage der Unterrichtsgebung zu), wurde im Lauf der Diskussion, an welcher sich auch der Abgeordnete Reichensperger betheiligte, bemerkt. Der Abgeordnete für Krefeld fragte gelegentlich den Reichskanzleramts-Präsidenten wie er seine Anerkennung eines wirthschaftlichen Nothstandes mit der Millionenmehrforderung im Etat vereinigen wolle? — Abg. Stumm setzte auseinander, wie viel der üble Wille der Arbeiter den Arbeitgebern noch jetzt zu schaffen mache, während Sozialdemokrat Kapell, anläßlich der Erwähnung des Kontraktbruches versicherte, ein doloser Akt dieser Art verbiete sich in dieser Zeit der Noth von selbst. Abgeordneter Richter-Hagen schilderte den unheilvollen Einfluß der sozialistischen Agitation für das gesammte wirthschaftliche Leben. Ein Schlußantrag von Valentin wurde diesmal nicht akzeptirt, da die konservativen Herren namentlich sich aussprechen wollten, ohne etwas vorzubringen, was sich gesetzgeberisch verwerthen ließe.

Die „Tribüne" schreibt: In der gestrigen Reichstagssitzung wurde es auffällig bemerkt, daß der Chef der Admiralität v. Stosch am Bundesrathstisch fehlte. Dagegen war der Kontre-Admiral Henk anwesend und verlautete, daß das Präsidium erst vorgestern Abend davon benachrichtigt worden, daß der Bundesrath auch den Kontre-Admiral Henk mit seiner Vertretung bei der Etatsberathung betraut habe. Diesem Vorgang stand eine lange Reihe von Gerüchten zur Seite, welche über die Folgen der neulichen Bemerkungen des Reichskanzlers betreffend die Aufstellung des Marine-Etats verbreitet waren und deren Bestätigung wir vorläufig abwarten wollen, ehe wir näher auf sie eingehen.

– Die „Kreuz Ztg." schreibt: „Es gewinnt mehr und mehr den Anschein, als werde der Gesetzentwurf über die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig nach den Vorschlägen des Bundesraths angenommen werden."

— Der Denkschrift der Militär-Verwaltung, betreffend die Gewährung des Gehalts eines Oberstabsarztes erster Klasse (4800 M.) an 100, statt wie bisher, an nur 60 Oberstabsärzte ist zu entnehmen, daß der Armee bei einem Etat von 657 Assistenzärzten gegenwärtig 283 Assistenzärzte fehlen. In Bezug hierauf äußert sich die Denkschrift wie folgt:

Diese für den Dienstbetrieb des Friedens wie für den Bedarf des Krieges in hohem Maße bedauerliche Thatsache ist auf die Anmeldung einer zu geringen Anzahl von Aspiranten für den militärärztlichen Beruf, sowie darauf, daß eine verhältnißmäß große Zahl gerade der jüngeren Aerzte in letzter Zeit den Militärdienst, behufs Ausübung der ärztlichen Praxis im Zivilverhältniß, verlassen haben, zurückzuführen; der Grund hierfür muß schließlich in den zu geringen materiellen Vortheilen gesucht, welche die militärärztliche Laufbahn bietet. Auf Beförderung zum Generalarzt kann der Militärarzt nicht rechnen, da nur 16 Stellen von Generalärzten und zwar eine bei dem Kriegs-Ministerium, 14 bei den General-Kommandos und 1 bei dem Friedrich-Wilhelms-Institut (davon 4 mit je 7800 M., 10 je 6600 M. und 2 je 5400 M. und Wohnungsgeldzuschuß II. I. des Tarifs) etatsmäßig sind und diese bei ihrer hervorragenden Wichtigkeit den am meisten befähigten, nicht den im Dienste ältesten Militärärzten verliehen werden müssen. Das Ziel des Militärarztes kann daher im Allgemeinen nur die Stelle eines Oberstabsarztes erster Klasse sein, mit welcher ein Gehalt von 4800 M. und später die Pension eines Majors verbunden ist. Aber selbst in eine solche Stelle zu gelangen, ist bei dem gegenwärtigen Zahlenverhältniß der Oberstabsärzte erster Klasse zu denjenigen zweiter Klasse (60 : 187) fast ausgeschlossen. Haben doch ungeachtet des günstigen Einflusses, welchen mehrere Feldzüge und Erweiterungen der Armee auf die Beförderung ausübten, die den Oberstabsärzten erster Klasse zunächst stehenden Oberstabsärzte zweiter Klasse ein Durchschnittsalter von 55 Jahren bereits erreicht, so daß bei der nunmehr beginnenden stetigen Verlangsamung des Avancements die Erreichung der Stellen erster Klasse immer unwahrscheinlicher, der Abschluß der militärärztlichen Laufbahn mit erreichten Hauptmannsgebührnissen immer häufiger wird.

— Nach dem von dem Kriegsministerium für den Monat Januar d. J. erstatteten Haupt-Krankenbericht des preußischen Heeres, des sächsischen und württembergischen Armeecorps betrug der Krankenbestand in den Militärlazarethen und „im Revier" (d. h. den außerhalb der Krankenhäuser militärärztlich Behandelten) 29,357 Mann oder 8,1 pCt. der Effektivstärke. Unter militärärztlicher Behandlung starben 94, darunter 23 am Typhus, 1 an akuter Alkoholvergiftung, veranlaßt in Metz durch eine Wette, 1 in Folge des Falles vom Querbaum beim Turndienst in Coburg, 1 an Erfrierung beider Unterschenkel bei Gelegenheit einer Urlaubsreise, 4 in Folge von Selbstmordversuchen. Mit Hinzurechnung der nicht in militärärztlicher Behandlung Verstorbenen sind noch 27 Todesfälle vorgekommen, davon 4 durch Krankheiten, 1 durch Verunglückung, 22 durch Selbstmord, so daß das Heer im Ganzen 121 durch den Tod verloren, darunter 26 durch Selbstmord.

— Reisende, welche zollpflichtige, nicht zum Handel bestimmte Waaren mit sich führen, sind, nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 4. Mai 1876, verpflichtet, entweder die Waaren bei der Zollstelle anzumelden, oder sich bei derselben zur Revision zu stellen. P. war am 26. Dezember 1875 Vormittags mit dem Eisenbahnzuge von seinem Wohnort B. über die niederländische Grenze in der Richtung nach V. gefahren und wurde, als er Nachmittags von dort zurückkehrend, an der diesseitigen Grenzstation ausstieg und bereits das Zollrevisionszimmer unbehelligt passirt hatte, von einem Zollbeamten im Besitze eines ganz neuen Ueberrocks betroffen, den er am Vormittag nicht bei sich geführt hatte. Da er einen Zollausweis über den Rock nicht vorlegen konnte, wurde derselbe in Beschlag genommen und P. wegen Einschwärzung verfolgt. Die Instanzgerichte sprachen ihn frei, weil es sich um einen nicht zum Handel bestimmten zollpflichtigen Gegenstand eines Reisenden gehandelt und P. weder Anstalten zur Verheimlichung desselben getroffen, noch etwa auf eine bei der Abfertigungs- oder Revisionsstelle an ihn gerichtete Frage in Abrede gestellt habe, den Rock in V. angekauft zu haben. Das Ober-Tribunal hat dieses Erkenntniß kassirt, die Sache aber in die zweite Instanz zurückverwiesen, damit zunächst noch festgestellt werde, ob, die in dem angegriffenen Urtheil nicht ausdrücklich erörterte Zollpflichtigkeit des fraglichen Rockes vorausgesetzt in dem Verhalten des Beschuldigten im Uebrigen die Merkmale einer Hinterziehung der Eingangsabgabe im Sinne der §§ 135 und 136 des Vereinszollgesetzes zu erkennen sind.

— Unter den hier zur Ausbildung sich aufhaltenden jungen Japanern befindet sich ein Militär, welcher genau nach preußischen Prinzipien vorgebildet wurde und bereits seit Jahresfrist vor einer Examinations-Kommission dargethan hat, daß er die Kenntnisse besitzt, welche von einem preußischen Offizier verlangt werden. Genannter Herr, Namens Tassaka, ist Adjutant des die Kriegsakademie besuchenden kaiserlichen Prinzen von Japan; er studirt jetzt Mathematik, militärisches Aufnehmen und hört auch Vorlesungen auf der königlichen Gewerbeakademie, um zum Sommer soweit geschult zu sein, daß er die topographische Abtheilung des Großen Generalstabs auf ihrer Dienstreise begleiten und am Meßtische arbeiten kann. Wie die „Trib." erfährt, ist Herr Tassaka von seiner Regierung dazu auserseben, später, nach seiner Rückkehr nach Japan, die topographische Aufnahme des Landes und die trigonometrischen Vermessungen desselben ganz nach preußischem System zu leiten.

Königsberg, 11. März. Das heutige Leichenbegängniß Dr. Johann Jacoby's gestaltete sich zu einer Feier, wie sie Königsberg wohl noch kaum erlebt haben dürfte. Die „D. Z." berichtet darüber:

Trotz des starken Schneefalles hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die den sehr großen Friedhof der hiesigen jüdischen Gemeinde fast ausfüllte. Der Sarg wurde frei getragen, weil die Menge der Kränze im Leichenwagen keinen Platz gefunden hätte. Die deutsche Fortschrittspartei war durch die Abgg. Dickert, Bürgers und Dirichlet vertreten, welche einen Lorbeerkranz überbrachten, die sozialistische durch Most (Berlin), Kräcker (Breslau), Rackow (Berlin), Ecks (Berlin), Arnoldt (Königsberg), ferner waren als spezielle Vertreter erschienen: für Braunschweig Lucae (sozialistische Arbeiterpartei in Deutschland), Ender (früher Prediger in Königsberg) für vereinte Demokraten und Sozialdemokraten Königsbergs, Braun (Demokrat) für den kölner demokratischen Verein, Sonnemann (Volkspartei), Kaufmann, Th. Rupp für die schwäbische Volkspartei. Die Leichenrede hielt Rabbiner Dr. Bamberger. Er verglich Jacoby mit Spinoza; beide starben ohne Nachkommen, beide nahmen ihre Geistesschätze scheinbar mit ins Grab, aber nur scheinbar. Wenn auch die Wirksamkeit Jacoby's wie die jedes großen Mannes verschiedenartig beurtheilt wird, so wird Jeder — ohne Unterschied der Partei — darin übereinstimmen, daß es ein edler, muthiger Charakter war, der mit Todesverachtung seine Ueberzeugung vertrat, und wenn man dem Genius in seinem Fluge auch nicht folgen könne, so müsse man ihm mit Bewunderung nachblicken. Sein Charakter, seine umfassende Liebe für die Gesammtmenschheit bewies es, daß die Juden durchaus keine Sonderinteressen verfolgen. Dann wurden die Lorbeerkränze von den Deputirten aufs Grab gelegt. Erst sprach Most, Redakteur der „Berliner Freien Presse". Ausgehend von dem Wahlspruche Jacoby's: „Gleiches Recht für Alles, das ein Menschenantlitz trägt," betonte er, daß Jacoby schon vor 30 Jahren die soziale Frage für die brennendste hielt und sich vom Konstitutionalismus durch den Republikanismus zur Sozialdemokratie hindurchgearbeitet habe. Sehr störend und taktlos waren einige auf diese Rede folgenden Bravorufe. Dann sprach Kräcker (Breslau) Namens der schlesischen Sozialisten, wobei er betonte, daß an diesem Grabe nicht blos Deutschland, sondern Europa trauere. Rackow (Berlin) legte Namens der Sozialdemokratie Berlins einen Kranz aufs Grab. Ecks überreichte einen Kranz Namens der sozialistischen Arbeiterfrauen Berlins, Herrmann Arnoldt Namens der braunschweiger Sozialistenpartei. Er zitirte den Vers des Sophokles: „Auch ohne Purpurdecken und getünchte Pracht schallt laut der Nachruhm und ein arglos weiser Sinn ist höchste Gottesgabe. Selig preiset den Mann, der still im wonnereichen Glück sein Leben schloß." Jacoby liebte Gott, die Welt und daher die Menschheit, sein Wahlspruch war: „Der Mensch ist dem Menschen Helfer, Befreier, Erlöser — der Mensch ist dem Menschen ein Gott." (Spinoza: homo homini deus) und legte dem Kämpfer für Recht und Wahrheit den Lorbeer auf's Grab. Ender ging von Jacoby's Ausspruche aus: „Bildung auf dem Grunde der Freiheit." Braun überreichte einen prachtvollen schwarz-roth-goldenen Kranz Namens der kölner Demokraten. Max Herbig, der mit Jacoby im lötzener Gefängnisse saß, stellte Jacoby mit Jesus auf eine Stufe. Lucae sprach Namens des Vorstandes der sozialistischen Arbeiterpartei in Deutschland. Sonnemann Namens der frankfurter Volkspartei. Dr. Guido Weiß kam trotz Unwohlseins hierher, konnte aber nicht sprechen. Dann wurde das Grab noch mit unzähligen Kränzen geschmückt, und die zahlreiche Menge verließ still den Friedhof.

Die Ehren, die dem Todten zu Theil wurden, und die Personen, welche sie darbrachten, mögen der politischen Stellung Jacoby's in seinem letzten Jahrzehnt entsprechen, indessen der vollen Bedeutung des Mannes tragen sie nicht Rechnung. Das Vordrängen der Sozialdemokraten bei der Trauerfeierlichkeit wird selbst den anwesenden Mitgliedern der Fortschrittspartei und den Demokraten einen unangenehmen Eindruck gemacht haben.

Köln, 10. März. Heute Nachmittag tagte von 3 bis 6½ Uhr im Hansasaale eine Anzahl rheinischer und westfälischer Industriellen, deren Zahl vom Vorsitzenden, Herrn vom Rath-Lauersfort, auf etwa 400 geschätzt wurde, zur Besprechung der wirthschaftlichen Nothlage. Die „K. Z." meldet darüber:

Der Vorsitzende sowohl wie der Korreferent, Staats-Anwalt Müller aus Westfalen (der Referent, General-Sekretär Bueck, war am Erscheinen verhindert), erklärten von vornherein, daß sie nicht als Vertreter landwirthschaftlicher Vereine auftreten, daß vielmehr sowohl der Gesammtvorstand des rheinischen landwirthschaftlichen Vereins, wie die landwirthschaftliche Gruppe in Westfalen, der Herr Müller angehöre, eine Vertretung als solche abgelehnt habe. Ueber die vorgelegten Thesen fand eine Generaldiskussion nicht statt. An der Spezialdebatte betheiligten sich insbesondere die Herren Eug. Langen, Landrath v. Borries, Meckel, Delius, Rhein und Baare, letzterer mit einigen scharfen Ausfällen gegen den Finanzminister Camphausen, die bei der Versammlung lebhaften Beifall fanden. Vor der Abstimmung verließen eine große Anzahl Landwirthe den Saal. Darauf kamen folgende Beschlüsse zu Stande: 1. Die seit Jahren andauernde wirthschaftliche Nothlage in dem neugestalteten Deutschland ruft aus Anlaß des bevorstehenden Neuabschlusses der Handelsverträge und Zolltarife die Nothwendigkeit hervor, daß Landwirthschaft, Gewerbe und Industrie, solidarisch wie sie es in Wahrheit sind, fernerhin auch thatsächlich vereint vorgehen, ohne die außerhalb dieser wirthschaftlichen Interessen bestehenden rein politischen Auffassungen des Einzelnen irgend wie zu präjudiziren. II Zur Förderung der allgemeinen wirthschaftlichen Interessen bedarf es, a) der Erhaltung und Entwickelung der vaterländischen Produktion als erste Bedingung für das allgemeine Wohlergehen. b) Zur Erreichung dieses Zweckes sind die hauptsächlichen Faktoren billige Frachten, wohlabgewogene Handelsverträge und Zolltarife, sowie rationelle Steuer- und Gewerbegesetzgebung — alles basirend auf den thatsächlich vorhandenen Bedürfnissen. c) Die Ermittelung dieser vorhandenen Bedürfnisse ergiebt sich durch die Befragung und Mitwirkung von Fachmännern. d) Die Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Bergwerkssteuer, so wie die Besteurung der Aktien-Gesellschaften involviren, theils direkt, theils durch die Einwirkung auf die Kommunalsteuer, eine unzuträgliche Ueberbürdung. Zur Deckung des eventuellen Ausfalles empfehlen wir indirekte Steuern. e) Die Beseitigung der direkten oder indirekten Ausfuhrprämien, welche die Bodenerzeugnisse des Auslandes genießen, ist erforderlich. Die Sorge für eine gehörige Verbreitung dieser Resolutionen wurde dem Vorsitzenden des düsseldorfer Vereins für Wahrung der wirthschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen überlassen.

Karlsruhe, 9. März. Unsere Blätter bringen heute folgenden von Mitgliedern der beiden Kammern und den Bürgermeistern von 18 Städten des Landes unterzeichneten „Aufruf an das badische Volk":

Am 24. April d. J. werden es 25 Jahre, seit unser geliebter Großherzog die Regierung seines Landes angetreten hat. Es muß der innige Wunsch jedes getreuen Badeners sein, daß das Gedächtniß dieses Tages auch für künftige Zeiten und in einer Weise gewahrt bleibe, wie es dem edlen und hohen Sinne unseres Landesfürsten entspricht. In Vertretung der Mitglieder beider Kammern und der Mehrzahl der Gemeinden des Landes fordern die Unterzeichneten ihre Mitbürger zu Beiträgen auf, welche als Gabe des Landes am Tage der Festfeier Sr. königl. Hoheit dem Großherzog zur Verfügung gestellt würden, um daraus unter einem auf das Festereigniß hinweisenden Namen eine dem öffentlichen Wohle dienenden Stiftung zu errichten. Wir wenden uns an die Vorstände sämmtlicher Gemeinden des Landes mit der Bitte, alsbald zur Bildung von Ortsausschüssen zu schreiten, um die Sammlung zu bewerkstelligen, und das Ergebniß derselben spätestens bis zum 10. April an den Ortsausschuß ihrer Amtsstadt abzuliefern."

Straßburg, 10. März. Wie erinnerlich, haben mehrere Abgeordnete des Unter-Elsasses unlängst beim Fürsten Bismarck sich dahin verwandt, eine Milderung der Lage der Optanten herbeizuführen. Nunmehr ist ein Erlaß des Reichskanzlers, betreffend die Naturalisirung der zurückkehrenden Optanten für Elsaß-Lothringen ergangen und die „Straßburger Zeitung" in der Lage, hierüber Folgendes mitzutheilen:

Den Optanten, welche vor dem 1. Januar 1851 geboren und bereits vor dem 21. Mai 1871 in die französische Armee eingetreten sind, — welche also, wären sie in Deutschland geblieben, von der Wehrpflicht befreit gewesen wären, — soll, wenn nicht besondere Gründe gegen die Gewährung des Gesuches bestehen, die Naturalisation gewährt werden können. Dieselben werden immerhin gut daran thun, die völlige Lösung ihrer militärischen Verpflichtungen in Frankreich herbeizuführen und nachzuweisen. Den nach dem 1. Januar 1851 geborenen Optanten, welche im französischen Heere gedient haben, soll die Naturalisation nicht versagt werden, wenn besondere persönliche oder Familienverhältnisse die Naturalisation als wünschenswerth erscheinen lassen und sonstige Bedenken nicht bestehen. Auch wenn keine besonderen Privat- und Familienrücksichten für die Naturalisation sprechen, können die Gesuche der nach dem 1. Januar 1851 geborenen Optanten dann gewährt werden, wenn sie sich bereit erklären, ihrer Dienstpflicht im deutschen Heere nachträglich zu genügen, obschon sie das 23. Lebensjahr bereits überschritten haben, ohne Unterschied, ob

---

Die Wohlthätigkeits-Vorstellung,

welche am 5. d. M. zum Besten des unter dem Protektorat der Frau Generalin von Kirchbach stehenden Militairfrauenvereins im Interims-Theater stattfand, wurde gestern Abend zu demselben Zwecke wiederholt. Das Haus war, wenn auch nicht so stark wie das erste Mal, doch immer noch gut gefüllt. Von der originellen Form des Programms, einer Art Fächer nach der Außenseite, mit gemalten Rosen und grünen Blättern geschmückt, im Innern das Programm selbst in zwei Theilen enthaltend, war Abstand genommen worden. Die Weglassung wurde auf dem diesmaligen einfach gehaltenen Programm mit folgenden sinnigen Versen motivirt:

„Der März zählt zu den tückischen Gesellen,
Auf die man niemals sicher rechnen kann —
Denn hebt er eben mild wie Frühling an
Und macht an Baum und Strauch die Krospen schwellen,
Bringt plötzlich Frost er über Nacht,
Der jeden Keim zu Schanden macht!

So ließ der schlimme Kunde vor acht Tagen
Durch linde Luft und milden Frühlingshauch
In uns'rem Garten einen Rosenstrauch
Mit tausend Knospen lustig aus schon schlagen —
Dann bracht' er Frost und über Nacht
Erfror die ganze Rosenpracht!"

Die Vorstellung selbst wurde wiederum durch die Ouverture zur „Zauberflöte" von dem Orchester unter Leitung des königl. Musikdirigenten Herrn Appold und den Prolog eingeleitet. Hierauf folgte die Rondo-Arie aus der Oper „Die Zigeunerin" von Balfe und die Darstellung des einaktigen Lustspiels „Unerträglich" von G. von Putlitz. Die Ouverture zur „Schweizerfamilie" von Weigl eröffnete den zweiten Theil und das vieraktige Lustspiel „Deutsche Kleinstädter" von A. von Kotzebue machte den Beschluß der interessanten Abendunterhaltung, die ein neues Zeugniß von der Opferwilligkeit und Hingabe aller Mitwirkenden ablegte.

—o—

Was die Sozialdemokraten singen!

Eine zeitgemäße Studie. *)

Sie brauchen nicht auf das umfangreiche pro und contra in Sachen der politischen Lyrik, nicht auf Pindar und Tyrtäus, Horaz und Juvenal, Dante und Walther von der Vogelweide hinzuweisen, wenn die Sozialisten es rechtfertigen wollten, daß sie auch die Poesie in den Dienst ihrer Sache zu stellen versucht haben. Die politische Lyrik ist ein so bedeutsames Werkzeug im Kampfe der Freiheit, daß uns eher das Gegentheil gewundert hätte, wenn wir aus dem Lager der Sozialdemokraten kein poetisches Orchester vernommen hätten.

Aber dieses Orchester ist nicht so laut und vernehmlich, und wird außerdem gar zu oft von der Polizei unterdrückt, als daß es allgemein gehört werden könnte. Wir halten es daher für nützlich, gerade in diesem Momente die Partei, welche gegenwärtig das öffentliche Interesse nach allen Richtungen so sehr in Anspruch nimmt, auch in ihren Sängern und Sangesweisen zu charakterisiren. In seinen Liedern malt sich der Mensch!

Vor uns liegt zu diesem Zwecke der poetische Kanon, die lyrische Hauspostille der Sozialdemokratie, das „Proletarierliederbuch" von Johann Most, einem der vordersten Rufer im Streite gegen die Ordnungen der modernen Gesellschaft. Entnehmen wir diesem interessanten Werkchen, das, wenn es nicht verboten, für „drei Neugroschen" zu haben ist, zunächst den nominellen Bestand der sozialdemokratischen Lyrik. Wir finden da vor Allem die Namen: Freiligrath, Meißner, Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Max von Schenkendorf, Uhlig, die man wohl kaum dem engeren Sozialistenverbande zuzählen darf; dann aber als die vornehmsten „Arbeiterdichter" August Geib, A. Scheu, Karl Hirsch, A. Otto-Walster, F. Braun, J. J. Zapf, Karl Weiser, K. Wiegleb u. a. Namen, die auf dem deutschen Parnaß bis jetzt fremd geblieben, an deren Aussprache man sich erst wird gewöhnen müssen.

Als Motto für den poetischen Hausschatz der Sozialdemokratie wären die Worte Herwegh's passend gewesen:

„O frage nicht, wo Feinde sind,
Die Feinde kommen mit dem Wind!"

Der Inhalt des Werkes, wie der einzelnen Lieder ist also selbstverständlich Kampf, Kampf bis auf's Messer gegen die Religion und den Staat, gegen die Gesellschaft, gegen die Polizei, gegen das Militair und gegen die Presse — das Ideal dieser Lyrik ist der sozialdemokratische Zukunftsstaat. An Energie des Ausdrucks, an breitem sittlichen Pathos fehlt es der Dichterschule des arbeitenden Volkes nicht — wie es dagegen mit der Geschlossenheit der Kunstform und mit der Poesie überhaupt beschaffen ist, das möge der geneigte vorurtheilsfreie Leser selbst nach den Proben beurtheilen, die wir ihm nun vorführen.

Charakteristisch für den Kampfesmuth der Partei ist es, daß eine der ersten Blüthen ihrer Lyrik, das „Soldatenlied" folgendermaßen beginnt:

*) Nachdruck verboten.

sie in der französischen Armee gedient haben oder nicht. Dieser Erlaß berührt natürlich nicht das Verbot des Aufenthalts solcher aktiver französischer Militärs, welche die Naturalisirung im Reichslande nicht nachsuchen.

Der vorläufigen Mittheilung der „Straßb. Ztg." dürfte die Publikation des Erlasses selbst demnächst folgen. Es ist, wie das „Elf. Journ." vom 10. zutreffend bemerkt, von Wichtigkeit, daß keine falsche Auslegung in der öffentlichen Meinung mehr Platz greife, denn es giebt Hunderte von Familien, welche an der endlichen Lösung der so höchst verwickelten Optionsfrage betheiligt sind.

Italien.

Rom, 8. März. Alles ist bereit für das Konsistorium vom 12. d., bei welcher Gelegenheit der Papst eine Encyclica über die Lage der Kirche und das Verhalten einiger Mächte ihr gegenüber verlesen wird. In diesem ersten Konsistorium werden 11 Kardinäle ernannt und 18 Bischöfe und Erzbischöfe ernannt oder versetzt werden. In dem zweiten öffentlichen Konsistorium vom 16. d. wird die Mundöffnung der neu ernannten Kardinäle, die alsdann in Rom anwesend sind, und die Verleihung der Kardinalshüte an die neuen Purpurträger erfolgen. Das dritte Konsistorium vom 19. d. wird ebenfalls öffentlich sein, und zwar wird der Papst darin den seit dem Jahre 1870 ernannten Kardinälen den Kardinalshut verleihen. Nachher soll die letztverfügte Veränderung unter dem hohen kirchlichen Personal veröffentlicht werden. — Pius IX. hat sich mit seinem Staats Sekretär, dem Kardinal Simeoni berathen, ob in Gelegenheit der ferneren Ernennungen von Kardinälen der alte Brauch der Verleihung des Hutes wieder einzuführen sei oder nicht, und wurde diese Frage in bejahendem Sinne entschieden. Nun ist der Brauch der Verleihung des Hutes zwar blos eine rein äußerliche und überflüssige Zeremonie, für welche ein besonderes Konsistorium ausgeschrieben werden muß und die nach dem Einzuge der Italiener in Rom, wie so viele andere Zeremonien, bei Seite gesetzt wurde; ihre Wiedereinführung ist jedoch nichtsdestoweniger insofern von Bedeutung, als aus ihr hervorgeht, wie das Papstthum wieder alle die früher gewohnten Funktionen aufzunehmen im Begriffe steht, und wie offenbar die Erwägungen, welche damals den heiligen Stuhl zur Suspendirung jener und anderer Zeremonien veranlaßten, gegenwärtig in Wegfall gekommen sind. — Der Papst hat dieser Tage an Monsignor Emiliano Monacorda, den Bischof von Fossano, folgendes Breve gerichtet, mit dem wir einen kleinen Vorgeschmack von der Art und Weise erhalten, in welcher Pius IX. im nächsten Konsistorium seine Donner gegen die gottlosen Zeiten loslassen wird.

„Ehrwürdiger Bruder", schreibt Se. Heiligkeit, „wir haben Deine vom 30. Januar datirten Briefschaften empfangen, welche uns Deinen innigen Schmerz über die unverschämter und gottloser Weise öffentlich im Saal der Redner des Volkes gegen die Kirche und den Statthalter Jesu Christi gesagten Dinge bezeugen. Wir haben diesen Deinen Schmerz für vollkommen berechtigt befunden und ebenso gerecht die Ausdrücke des Abscheues, mit welchen Du jene gotteslästerlichen Beschimpfungen, die dem katholischen Volke zum Aergerniß wurden und alle Gläubigen mit tiefer Betrübniß erfüllten, tadelst und verurtheilst. Um die Wahrheit zu sagen, es wächst die Gottlosigkeit und der Uebermuth Jener, welche die Kirche, die Gerechtigkeit und die Wahrheit hassen, immer mehr; aber es ist gewiß, daß so große Gottlosigkeit von Gott dem gerechten Vergelter, welcher sich selbst die Zeit der Sühne vorbehielt und jedem nach seinen Werken vergilt, nicht ungestraft bleiben wird.

Der Papst hat aus den Kardinälen Bilio, Ledochowski, Monaco, La Valletta, Panebianco und Mertel eine besondere Kongregation gebildet, welche rücksichtlich der zahlreichen päpstlichen Beamten, die noch immer ein festes Gehalt aus dem Vatikan beziehen und für welche Pius IX. vor seinem Tode sorgen will, die folgenden Fragen zu prüfen und zu beantworten hat: 1) Welches ist die Lage diesen Beamten nach dem Ableben des gegenwärtigen Papstes? 2) Sind diejenigen Beamten, welche durch einen Pius IX. geleisteten Schwur gebunden sind, nach dessen Tode von demselben zu entbinden? und wenn ja, welche Handlungen haben dieser Entbindung von dem Diensteide voranzugehen.

Amerika.

In der jetzt im Wortlaut vorliegenden Antrittsrede des Präsidenten der Vereinigten Staaten spricht dieser natürlich zunächst von der großen Frage, von welcher das Wohl und Wehe der Nation abhängt: von der Versöhnung der Gegensätze zwischen Norden und Süden. Hayes ist sichtlich bemüht, die aufgeregten Gemüther der erbitterten, durch ihre Niederlage nur noch mehr gereizten Demokraten zu beruhigen, indem er als Ziel und Leitstern einer guten Verwaltung deren Unterwerfung unter das Gesetz — der Union wie der einzelnen Staaten — hinstellt. Er vermeidet jedes Hervorkehren des Parteistandpunktes, wie er auch am Schlusse seiner Rede den schönen Satz ausspricht: „Wer seinem Lande gut diene, der habe seiner Partei am besten gedient." Aber er kann nicht umhin, zu sagen, daß die Frage, um die es sich in den Südstaaten handelt, die Wahl zwischen sozialer Ordnung und Barbarei sei, und er bezeichnet es als eine Pflicht der obersten Bundesgewalt, die freigewordenen Neger in ihren bürgerlichen Rechten zu schützen. Den vortrefflichen Ausspruch, daß das allgemeine Stimmrecht auf allgemeiner Bildung beruhen sollte, wird man ebenso gern unterschreiben, wie die Ausführungen über die Wiederaufnahme der Baarzahlungen und die Herstellung der Valuta. Die Stelle der Rede, welche ein ganz neues System der Anstellungen verspricht, behandelt den wundesten Punkt des nordamerikanischen Staatslebens. Daß es Hayes Ernst ist, mit dem Bestechungsunwesen aufzuräumen, dafür bürgt die Ernennung des Senators Carl Schurz zum Minister des Innern. Schurz war der Führer, die Seele jener stürmischen Bewegung, die vor einigen Jahren durch die Union ging und die Bekämpfung der Verwaltungsmißbräuche, der Beamten-Korruption auf ihre Fahne schrieb. Ueber die auswärtige Politik ist Hayes so kurz, als es die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen der Union zu allen übrigen Staaten erlauben. Für Verwicklungen, die etwa eintreten könnten, empfiehlt er nach Grant's Beispiel Schiedsgerichte. Zum Schlusse gedenkt er noch des erbitterten Wahlkampfes und betont die Gesetzlichkeit der Entscheidung, welche ihm den Präsidentenstuhl zuerkannte.

Als erste That des neuen Präsidenten wird von der Mehrheit der Bevölkerung mit Freuden begrüßt die Wahl seines Kabinets. Er hat sein Augenmerk nicht auf Männer gerichtet, die auf engherzigem republikanischen Parteistandpunkt stehen, und nur das materielle Wohl der Partei im Auge haben, sondern aus den Kreisen der „Unabhängigen" zumeist genommen, bestätigen sie die Voraussetzung, daß Hayes alle tüchtigen Männer gleich zu berücksichtigen und die Talente von überall her zu beziehen beabsichtigt, wo er sie auch finden mag. Für eine gute Vorbedeutung mag es gelten, daß Hayes, obwohl er erst auf Widerspruch seitens des Senates hierbei stieß, doch die Wahl seines Ministeriums durchgesetzt hat: der Senat hat schließlich das gesammte Kabinet akzeptirt. Die anfänglich von dem amerikanischen Senate beanstandete Genehmigung der von dem Präsidenten Hayes erfolgten Ernennungen zu Kabinets-Ministern scheint sich hauptsächlich gegen die Wahl der Exsenatoren Schurz und Key gerichtet zu haben, von denen unser vielgenannter Landsmann wegen seiner bekannten kühnen Versuche einer Reform und Purifizirung des von schrecklicher Korruption durchdrnngenen Beamtenthums bei den Republikanern der alten Schule sich gründlich verhaßt gemacht hat. Key, der bis vor Kurzem Senator für Tenessee war und der einzige Südstaatenmann in dem Kabinet sein würde, ist ein ausgesprochener Demokrat. Seine Ernennung, die aus politischen Gründen von den Republikanern beanstandet wird, bezweckt augenscheinlich eine Versöhnung des Südens mit dem Norden. Der zum Staatssekretär designirte Mr. Evarts ist einer der tüchtigsten Advokaten in Newyork und hat sich durch seine Vertheidigung des Präsidenten Johnson in dem gegen denselben angestrengten Amtsenthebungsprozeß und seine Betheiligung an dem genfer Schiedsgericht über die Alabamafrage als Sachwalter der Vereinigten Staaten berühmt gemacht. Der Finanzminister Sherman ist ein Landsmann des Präsidenten Hayes und vertritt seit langen Jahren den Staat Ohio in dem Senat. Er ist ein tüchtiger Parlamentarier und, was für Europa von Wichtigkeit ist, einer der eifrigsten Vertheidiger der Rückkehr zur Metallwährung. Der General-Staatsanwalt Devens, ein tüchtiger Jurist, ist ein Mitglied des höchsten Gerichts von Massachussets und ein entschiedener Gegner des berüchtigten Ben Butler. Während des Sezessionskrieges hat er bei Balls Bluff sich rühmlichst hervorgethan und die nordstaatlichen Truppen vor vollständiger Vernichtung bewahrt. Auffallend wird es bemerkt, daß in dem Kabinet des Präsidenten Hayes die überwiegende Mehrzahl der Minister Männer aus den westlichen Staaten sind. Der Osten hat zwei Portefeuilles für Evarts und Devens erhalten, der Süden ist allein durch Key vertreten.

Ueber die Persönlichkeit des neuen Unionspräsidenten werden noch folgende biographische Notizen mitgetheilt:

Rutherford B. Hayes entstammt einer schottischen Familie, die sich zu Ende des 17. Jahrhunderts im Staate Vermont niederließ. Sein Großvater lebte als Hofschmied in Brattleborough, wo er im Jahre 1836 starb; der Vater wanderte als fünfter Sohn nach Ohio, einem damals noch wenig kultivirten Lande, aus, unterlag aber in frühem Mannesalter den Anstrengungen eines allzu thätigen Lebens. Drei Monate nach seinem Tode, am 4. Oktober 1822, gebar seine Wittwe einen Sohn, den sie nach ihrem früheren Namen, dem der altpuritanischen Familie Birchard, Rutherford Birchard nannte. Die Verhältnisse der Familie waren nicht glänzend, ermöglichten es aber, dem Knaben, soweit die rohen Verhältnisse des Landes es gestatteten, eine sorgfältige Erziehung zu Theil werden zu lassen. Als der häusliche Unterricht nicht mehr genügte, kam er zum Kenyon College und später nach Harvard, wo er Literatur hörte und im Jahre 1844 zum Doktor der Rechte promovirte. Hayes soll damals eine vollkommeen Verachtung für alle Fächer der Politik an den Tag gelegt und sich vorwiegend mit romantischen Jugendidealen beschäftigt haben. Er wurde in Cincinati Advokat. Als Rechtsanwalt war er besonders für flüchtige Sklaven thätig, und soll bei der Vertheidigung eines des Mordes angeklagten Mädchens den bedenklichen Grundsatz aufgestellt haben, daß ein geistesschwacher Mensch für seine Handlungen nicht verantwortlich sei, auch wenn er noch die Unterscheidung von Recht und Unrecht besitze. Als die Sklavenfrage mehr und mehr in den Vordergrund trat, warf Hayes sich mit aller Kraft auf dieses schwierige Feld, indem er alle einschlägigen Quellenwerke studirte, ohne selbst nach einer Richtung hin thätig zu sein. Zur Zeit des Bürgerkrieges trat Hayes als einfacher Freiwilliger in das Heer, bewältigte eine Unzahl militärwissenschaftlicher Fachschriften und stieg binnen Kurzem bis zum Obersten und Brigade-General — ein Avancement, welches für einen Ausländer, zumal Deutschen, etwas Außerordentliches gewesen wäre, welches aber für einen gutprotegirten Amerikaner kein unbedingt gültiges Zeugniß der Thätigkeit ablegt. Indessen rühmt man an Hayes seinen Muth vor dem Feinde und das Ansehen, in welchem er bei den ihm untergebenen Mannschaften stand. Der Schluß des Krieges brachte den Advokaten in den Kongreß, wo er für ein zwar stilles aber strammes Parteimitglied galt. Seine Partei brachte denn auch seine Wahl und Wiederwahl zum Statthalter von Ohio zu Stande, einen Posten, den er fünf Jahre hindurch trotz mancher Anfechtung seitens der Demokraten rühmlich bekleidete. Angeblich soll er beabsichtigt haben, keine zweite Wiederwahl anzunehmen, sondern sich ins bürgerliche Leben zurückzuziehen, als seine Partei ihn im Jahre 1875 zur Kandidatur für die Präsidentenwürde berief. Obwohl bei weitem nicht so reich wie sein Gegenkandidat Tilden, gestatteten ihm doch seine Verhältnisse ein äußerst komfortables Leben. Mit Tilden theilt er den Vorzug einer großen persönlichen Liebenswürdigkeit. Die Wahl seiner Partei war so gut getroffen, daß seine Gegner nur zwei Punkte an ihn auszusetzen wußten, daß er zu viel die Kirche besuche und in seiner Kleidung zu sehr den Dandy hervorkehre. Was den ersteren Punkt anbetrifft, so gehört Hayes selbst keiner der amerikanischen Sekten an, obwohl er in streng puritanischer Zucht aufgewachsen ist, besucht aber mit seiner Frau regelmäßig den methodistischen Gottesdienst. Seine politische Ueberzeugung geht dahin, daß der amerikanische Grundsatz, die Beute gehöre dem Sieger, demoralisirend wirke; er ist ein Anhänger der Hartgeldzahlung, tritt für eine Verbesserung des Gerichtswesens in die Schranken und will auch die Minderheiten in allen gesetzgebenden Körperschaften gebührend vertreten wissen.

Parlamentarische Nachrichten.

* Der General-Feldmarschall Graf v. Moltke ist zum Ehrenmitgliede des Vorstandes der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstages gewählt worden und hat die Wahl angenommen.

* Die Wahlprüfungs-Kommission hat bis jetzt folgende 8 Mandate mit dem Antrag auf Gültigkeitserklärung derselben erledigt: von Tettau, Schmidt (Stettin), Schlomka, von Kozlowski, Witte, Dr. Löwe, Dr. Blum, Bode

* Wie der „Germ." geschrieben wird, sind die elsässischen Abgeordneten Guerber, Simonis und Winterer nicht der Zentrumsfraktion beigetreten, sondern hospitiren nur hier und da in den Fraktionssitzungen des Zentrums, „eine Vergünstigung, deren sie sich sehr erfreuen. Ihr Programm ist und bleibt dasjenige der übrigen elsaß-lothringischen Abgeordneten Abel, Dolfus, Besançon, Grad, Stinzy, Jauner und Germain."

Aus dem Kasernirungsplan.

Für das Reichsheer geben wir im Anschluß an die bisherigen noch folgende Mittheilungen über die bei den Armeecorps VI.—XV. beabsichtigten Truppenveränderungen und Bauten:

VI. Armeecorps. Der Plan sieht an Dislokations-Aenderungen vor: Die Vereinigung der 2. Eskadron 2. schles. Dragoner-Regiments Nr. 8 mit den in Namslau garnisonirenden 2. Eskadrons desselben Regiments unter Räumung von Kreutzburg, der 3. Eskadron 2. schlesischen Husaren-Regiments Nr. 6 mit den 2. Eskadrons desselben Regiments in Neustadt, Ober-Schlesien, unter Räumung von Ober-Glogau, der 5. Eskadron 1. schlesischen Husaren-Regiments Nr. 4 mit den in Ohlau in Garnison stehenden 2 Eskadrons desselben Regiments unter Räumung von Münsterberg, des oberschlesischen Feldartillerie-Regiments Nr 21 in Neiße durch Heranziehung der zur Zeit in Schweidnitz garnisonirenden Abtheilung und des schlesischen Füsilier-Regiments Nr. 38 in Schweidnitz unter Räumung von Reichenbach. — Bauten beabsichtigt man vorzunehmen in Gubrau, Herrnstadt, Namslau, Festung Neisse, Neustadt O.-Schl., Ohlau, Ratibor, Schweidnitz, Strehlen, Winzig.

VII. Armeecorps. Es sind in Aussicht genommen: Die Vereinigung des Infanterie-Regiments Prinz Friedrich der Niederlande (2. westfälisches) Nr. 15 in Minden durch Heranziehung des Bataillons aus Bielefeld, die Verlegung des 2. Bataillons 1. westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 13 nach Münster unter Räumung von Hamm als Infanteriegarnison, die Verlegung des 2. Bataillons 5. westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53 nach Bielefeld unter Räumung von Paderborn als Infanteriegarnison, die Verlegung des 2. Bataillons 6. westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 55 nach Detmold unter Räumung von Höxter und endlich die Vereinigung der 5. Eskadron westfälischen Kürassier-Regiments Nr. 4 mit den in Münster stehenden 3 Eskadrons des Regiments unter Räumung von Warendorf. — Bauten beabsichtigt man in Bielefeld, Detmold, Düsseldorf, Minden, Münster, Festung Wesel.

VIII. Armeecorps. Der von vielen Seiten bei Gelegenheit der dritten Berathung des Entwurfs eine Nachtrags zum Reichshaushalts-

---

„Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne,
Als ich es ward, hat man mich nicht gefragt."

„Ich bin Soldat, doch nur mit Widerstreben;
Ich lieb' ihn nicht, den blauen Königsrock,
Ich lieb' es nicht, das blutige Waffenleben,
Mich zu vertheidigen wär' genug ein Stock!"

Wer wird solchem Muthe seine Anerkennung versagen wollen? Der wahre Muth zeigt sich ja auch nicht etwa auf dem Schlachtfelde, sondern, wie A. Scheu uns aufklärt — im Strike! Welche Tapferkeit gehört dazu, mit dem Dichter zu fordern:

„Ferner wollen wir nicht dulden
Länger mehr mit den paar Gulden
Wöchentlich und Kost und Bett;
Das en gros Versorgungs-G'frett
Muß sich endlich aufhör'n!"

Da hört sich in der That Alles auf — selbst die Poesie und die Grammatik. Freilich müssen Dichter mit diesen beiden Damen in wilder Ehe leben, die verkünden:

„Was nützet uns Bildung, Gesittung und Kunst?
Wir können uns dessen nicht freuen!
Für uns ist das Alles nur eitler Dunst
Und die Reichen nur, die sind die Freien."

Darum werden von dem Tyrtäus des sozialistischen Lagers auch alle Bildungsbestrebungen energisch verdammt, vor Allem die Presse!

„Die heutige Presse ist auch schon recht,
Wer Geld hat, kauft sich Lit'raten,
Zu jedem ehrlichen Handwerk zu schlecht,
Zur Schwindelei prächtig gerathen!
Wir kennen die „Jammerknaben" ja schon,
Soldknechte sind's vom Entbehrungslohn!"

Wie schade, daß gerade der Dichter dieses kräftigen Hymnus anonym geblieben ist, der begeistert mit der Frage schließt:

„Und wer ist's, der mäht die reife Saat,
's ist Jeder, der nichts zu verlieren hat!"

Und an alle diese Wackeren richtet sich das folgende „Proletarier-Lied" — nach der Melodie der „Wacht am Rhein" zu singen —

„Steig an die frische Luft heraus,
Aus nied'rer Hütte dumpfen Haus,
Steig auf das Pflaster, blasse Noth
Und bete um dein täglich Brod.
Es wirbelt dumpf das Aufgebot,
Es flattert hoch die Fahne roth!
Arbeitend leben oder kämpfend den Tod!"

Und solche begeisterte Kämpfer — sind nicht gern Soldaten geworden, natürlich vor lauter Wuth und Haß gegen den Staat, den das nächste Lied „Der Staat ist in Gefahr" sehr anmuthig besingt, das wir in Rücksicht auf das poesiefeindliche Gemüth des Staatsanwalts nicht rekapituliren wollen, und das mit den Worten schließt:

„Gebt Acht, der Tanz geht los,
Dann sei uns auch kein Schurk' zu groß,
Nein, kein Schurk' zu groß,
Gebt Acht, der Tanz geht los!"

Auch dieses Lied gehört der Muse des Herrn A. Scheu an. In der That, dieser Poet scheut nicht Reim, noch Polizei! Dasselbe gilt seinem Kollegen August Geib, dessen „Fahnenlied" einen „Lorbeerkranz mitten in dem Schlachtenkranz prangen läßt", wenn der „Freiheit Zeichen strahlen"

„Und gen bitt'rer Armuth Qualen
Der Enterbten Trommel schlug!"

Man wird uns zugestehen, daß diese Aeußerung etwas mystisch klingt, fast ebenso wie die des folgenden Arbeiterdichters Ferdinand Braun, der der festen Ueberzeugung lebt:

„Wenn wir stabil durch's Leben geh'n:
— — — — — — — — — — — — —
Dann wird's einst traurig um uns stehn!"

(Schluß folgt.)

---

* **Die Walküre in Wien.** Richard Wagner's „Walküre" ist am 5. d. M. im Hofoperntheater zu Wien zur ersten Aufführung gelangt. Der erste Akt, berichtet die „Presse", fand eine sehr günstige Aufnahme, dagegen wollte der zweite weniger zünden; der letzte Akt griff hauptsächlich erst mit seinem Schlusse durch. Der Anfang dieses Aktes verlor dadurch, daß der Chor der Walküren nicht durchweg glücklich zur Ausführung gebracht wurde. Das Orchester war etwas verstärkt, aber nicht zu bedeutend und machte als „offenes" Orchester einen größeren Effekt als das Bayreuther in seiner Verschalung. Ueberhaupt war, nach Ansicht des genannten wiener Blattes, die Vorstellung, obwohl sie keineswegs eine Mustervorstellung genannt werden konnte, in einzelnen Stücken der Bayreuther Aufführung überlegen. Die Hauptrollen waren durch die Damen Materna, Ehnn und Kupfer und die Herren Scaria, Labatt und Hablawetz vertreten und wurden mit außerordentlichem Fleiß, mit allem Eifer und großer Pünktlichkeit durchgeführt. Sämmtliche Mitwirkenden wurden durch Beifall und Hervorrufe ausgezeichnet, an welchen Ehren auch Kapellmeister Richter und der Dekorationsmaler Hoffmann theilnahmen.

Etat für 1875, auch aus der Mitte des Reichstags geäußerte Wunsch, daß neben dem Husaren-Regiment ein Infanterie-Truppentheil in Bonn garnisonirt und den dortigen Studirenden die Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht hierdurch erleichtert werde, hat zu dem Plan der Verlegung des Bataillons aus Jülich nach Bonn geführt. Ob und welche Dislokations-Aenderungen im Zusammenhange mit der Verlegung des 4. Garde-Grenadier-Regiments „Königin" von Koblenz nach Berlin zu verfügen sein werden, unterliegt noch der Erwägung. Die Entscheidung wird erfolgen, bevor für diejenigen Truppentheile, deren Verlegung nach Koblenz etwa in Frage kommt, an ihren bisherigen Garnisonorten Bauten in Angriff genommen werden. — Bauten sind in Aussicht genommen in Bonn, Festung Köln, Jülich, Festung Saarlouis, Trier.

IX. Armeecorps. Es wird beabsichtigt: die Verlegung des 2. Bataillon schleswigschen Infanterie-Regiments Nr. 84 nach Hadersleben unter Räumung von Apenrade, des 1. Bataillons desselben Regiments von Flensburg nach Schleswig und des 2ten Bataillons schleswig-holsteinschen Füsilier-Regiments Nr. 86 nach Flensburg unter Räumung von Augustenburg, ferner die Vereinigung des großherzoglich mecklenburgischen Füsilier-Regiments Nr. 90 in Rostock unter Räumung von Wismar, des schleswig-holsteinschen Dragoner-Regiments Nr. 13 in Flensburg durch Heranziehung der zwei Eskadrons aus Hadersleben und des hannoverschen Husaren-Regiments Nr. 15 in Wandsbeck unter Räumung von Itzehoe. — Bauten stehen bevor in Altona, Flensburg, Hadersleben, Lehe, Mölln, Rendsburg, Rostock, Schleswig, Schwerin, Festung Sonderburg, Stade, Wandsbeck.

X. Armeecorps. Ob und welche Dislokations-Aenderungen im Zusammenhange mit der Verlegung des 3. Garde-Regiments zu Fuß von Hannover nach Berlin zu verfügen sein werden, unterliegt noch der Erwägung. Die Entscheidung wird erfolgen, bevor für diejenigen Truppentheile, deren Verlegung nach Hannover etwa in Frage kommt, an ihren bisherigen Garnisonorten Bauten in Angriff genommen werden. — Bauten sind in Aussicht genommen in Blankenburg, Celle, Kloppenburg, Emden, Göttingen, Hameln, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Nordheim, Oldenburg.

XI. Armeecorps. Die Garnison von Frankfurt a. M. entspricht ihrer Stärke nach der Bedeutung und den Gesammtverhältnissen der Stadt nicht. Dieselbe soll daher durch Heranziehung des in Fulda garnisonirenden Infanterie-Bataillons verstärkt werden. — Bauten werden beabsichtigt in Kassel, Darmstadt, Eisenach, Frankfurt a. M., Gießen, Hofgeismar.

XII. (königlich sächsisches) Armeecorps. Es sollen verlegt werden: Das 2. Jägerbataillon Nr. 13 von Meißen nach Dresden, drei Eskadrons des 2. Husarenregiments Nr. 19 von Grimma nach Leipzig, zwei Eskadrons desselben Regiments von Lausigk ebendahin, zwei Eskadrons des 2. Ulanen-Regiments von Roßwein nach Rochlitz, zwei Eskadrons des Karabiniers-Regiments von Pegau nach Borna, zwei Eskadrons des Gardereiter-Regiments von Pirma nach Dresden, eine Feldartillerie-Abtheilung von Radeberg nach Pirna. — Bauten sollen vorgenommen werden in Borna, Dresden, Freiberg, Geithain, Großenhain, Leipzig, Oschatz, Pirna, Rochlitz, Chemnitz, Dresden, Freiberg, Zittau.

XIII. (königlich württembergisches) Armeecorps. Es wird beabsichtigt, das auf Hohen Asperg in Garnison befindliche Bataillon nach Heilbronn zu verlegen. — Bauten sind beabsichtigt in Stuttgart und Heilbronn.

XIV. Armeecorps. Es wird beabsichtigt, ein Infanterie-Bataillon von Mannheim nach Heidelberg zu verlegen, um wiederholten und dringenden Anträgen entsprechend den dortigen Studirenden Gelegenheit zur Erfüllung ihrer Dienstpflicht zu geben. Außerdem sollen unter Räumung Mannheims von Kavallerie und Aufgabe von Schwetzingen verlegt werden: a. Das Dragoner-Regiment Nr. 21, welches bei Formirung des XIV. Armeecorps im Bezirke seiner Division nicht Unterkommen fand, in diesen Bezirk, und zwar aus Bruchsal und Rastatt nach Freiburg i. B., b. vier Eskadrons des Dragoner-Regiments Nr. 20 aus Mannheim (3. Eskadron) und Schwetzingen (1. Eskadron) nach Bruchsal und eine Eskadron desselben Regiments aus Schwetzingen nach Durlach, sowie c. eine Eskadron des Dragoner-Regiments Nr. 22 von Durlach nach Rastatt. — Bauten sind in Aussicht genommen in Freiburg i. B. nnd Heidelberg.

XV. Armeecorps. Dislokationsveränderungen von Truppen sind nicht in Aussicht genommen. — Bauten sollen vorgenommen werden in der Festung Metz und Mühlhausen i. E.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. März.

(??) Aus dem Kreise Pleschen, 12. März. [Ein Mann mit zwei Frauen. Erstickt.] Vor einigen Jahren verließ die Ehefrau des Schmiedes zu P. ihren Mann heimlich. Alle angestellten Recherchen und die in öffentlichen Blättern erlassenen Aufforderungen blieben ohne Erfolg. Der Mann verheirathete sich wieder und nun ist auch seine erste Frau wieder erschienen. — Bei Revision des Viehbestandes kam der betreffende Revisor auch in das H.'sche Haus zu B. Dort traf er die Bewohner anscheinend leblos. Der Backofen war nämlich mit grünem Eichenholze geheizt und der Kamin mit einem Schieber geschlossen worden, so daß der Dunst nicht entweichen konnte. Durch sofort angestellte Wiederbelebungsversuche wurden 5 Personen ins Leben zurückgerufen, bei dem Wirthe selbst scheiterten alle Versuche, er war erstickt.

♈ **Buk**, 13. März. [Verbrannt.] In dem von hier 7 Kilometer entfernten Dorfe Turkowo hatte die Frau eines Häuslers am 11. d. M. ihre zwei Kinder, einen Knaben von 2½ und ein Mädchen von 5 Jahren, behufs Erwärmung an das lodernde Feuer in den Kamin gesetzt und sich dann aus der Stube entfernt. Das Angstgeschrei der aus der Stube auf die Straße nacheilenden Tochter rief die Mutter schnell in die Wohnung zurück, wo sich ihr und einigen hinzugekommenen Dorfbewohnern ein gräßlicher Anblick darbot. Der Knabe war dem Kaminfeuer zu nahe gekommen und wälzte sich mit verbrannten Kleidern und den ganzen Körper mit Brandwunden bedeckt am Fußboden, in Folge der Verletzungen gab er einige Stunden später unter den unsäglichsten Schmerzen seinen Geist auf.

Labischin, 9. März. [Ein Mordversuch.] Die verehelichte Käthnerfrau K. aus Friedrichsdorf, welche seit längerer Zeit mit einem gewissen B. in einem intimen Verhältniß steht, beschloß, sich ihres Ehemannes mit Hilfe ihres Liebhabers zu entledigen. Am vergangenen Montag waren die K.'schen Eheleute nach hier zum Wochenmarkt gefahren und dehnten beide ihren Aufenthalt bis zum Abend aus. Als die K.'schen Eheleute auf der Heimfahrt die Oburzniaer Brücke erreichten, welche über die Netze führt, bestieg B., der vorausgegangen war, den Wagen und versuchte, unter Beihilfe der Frau des K., letzteren vom Wagen hinab in die Netze zu werfen. Es gelang ihnen dies jedoch nicht, da ein desselben Weges gehender Arbeiter aus Neu-Dembie auf das Hilfegeschrei des K. herbeieilte und ihn aus den Händen seiner Angreifer befreite. Der Mitschuldige der Ehefrau des K., der Käthner B., lief davon und der hilfreiche Arbeiter begleitete den K. bis Neu-Dembie. Von dort hatten die K.'schen Eheleute, um nach Hause zu kommen, eine Strecke lang Wald zu passiren. Ungefähr in der Mitte derselben angelangt, mußte K. auf Wunsch seiner Frau anhalten. Kaum hatte er dies gethan, als der vorausgeeilte Käthner B., mit einem starken Knüttel bewaffnet, unter Beihilfe der Ehefrau auf ihn losschlug. In Folge des Tobens und Schreiens wurde plötzlich das Pferd scheu, jagte davon und entführte seinen Herrn den Händen der Uebelthäter, so daß er, zwar blutend und elend, aber mit dem Leben davon kam. (B. Z.)

Lobsens, 10. März. [Unvorsichtigkeit mit einer Schußwaffe.] Vor einigen Tagen ging der Sohn der Hebamme Lemke mit einer geladenen Pistole auf den Hof, um Sperlinge zu schießen. Der Lehrling des Bäckermeisters Bornstaedt begleitete ihn. Bald darauf übergab ersterer die geladene Pistole dem Lehrling, damit er sie in die Backstube tragen sollte. Dort hielt dieser die Waffe auf den sich in der Stube befindenden Gesellen, der eben im Begriff war, sich umzuziehen. Mit den Worten: Soll ich Sie schießen? drückte der Lehrling, nicht wissend, daß die Pistole geladen war, ab und die ganze Ladung ging dem Gesellen in den Unterleib. Heute starb derselbe unter gräßlichen Schmerzen. (Br. Z.)

Schneidemühl, 11. März. [Diebstahl. Firma Alpert und Schmidt. Vortrag. Konzert.] Im Laufe dieses Winters sind hierselbst eine Reihe von Diebstählen, meist mittels gewaltsamen Einbruchs, verübt und eine große Anzahl verschiedener Gegenstände, wie Betten, Kleider, Wäsche, Geld- und Silbersachen, Geschirr, Getränke rc. entwendet worden, ohne daß bisher auch nur der geringste Anhalt zur Entdeckung der Diebesbande hätte führen können. Vor einigen Tagen wurde jedoch die Polizei durch einen Zufall auf die richtige Spur der Diebe geleitet und eine in der Wohnung des Arbeiters Nachtigall, eines schon mehrfach bestraften Subjektes, abgehaltenen Haussuchung führte zu einem glänzenden Resultate; denn es fand sich hier ein förmliches Lager von gestohlenen Gegenständen vor, so daß ein Wagen requirirt werden mußte, um diese Sachen nach dem Polizeibureau schaffen zu können. Nachtigall und ein Theil seiner Helfershelfer sind dem Kreisgerichtsgefängnisse überliefert worden. — Das Rückzahlungsgeschäft unter der Firma Alpert und Schmidt hat in der letzten Nummer der „Schneidemühler Ztg" bekannt gemacht, daß sie „statt der bisher üblichen Scheine über die einzelnen Beträge Interimsscheine herausgeben wird, welche, sobald deren Gesammtbetrag die Höhe von Rmk. 20, 50, 150, 300 erreicht, gegen einen entsprechenden 4prozentigen Schuldschein bei ihnen umzutauschen sind. Die Rückzahlung dieser Schuldscheine geschieht genau in der Art, wie es bei den bis jetzt ausgegebenen Scheinen gehandhabt worden ist, nur nach vorheriger Bekanntmachung der Nummer der Scheine in der Schneidemühler Zeitung." Wozu diese Neuerung? — Im hiesigen Bildungsverein hielt am Dienstag den 6. d. Mts. Gymnasiallehrer Dr. Drygas einen Vortrag „über den Begriff des Schönen", welcher von der zahlreichen Versammlung mit Beifall aufgenommen wurde. — In den nächsten Tagen steht uns ein musikalischer Genuß bevor. Der berühmte Violin-Virtuose Miska Hauser beabsichtigt hierselbst ein Konzert zu geben.

Aus dem Gerichtssaal.

⊥ **Posen**, 13. März. [Schwurgericht.] Gestern trat das Schwurgericht unter dem Vorsitze des Appellations-Gerichtsraths Schmedes zu seiner dritten diesjährigen Sitzungsperiode zusammen. Dieselbe wurde eröffnet mit der Anklagesache wider den Schlossergesellen Emil Garuczarski wegen Diebstahls und wissentlichen Meineides und gegen den Schlossergesellen Joseph Jasinski wegen Anstiftung zum Diebstahl und zum Meineid. Die Verhandlung der Sache, welche im Ganzen wenig Anziehendes bot, schloß, da die Behauptungen der Anklage durch die erfolgte Beweisaufnahme im Wesentlichen bestätigt wurden, mit der Verurtheilung des Angeklagten Garuczarski zu 1½ Jahren, des Jasinski zu 9 Monaten Zuchthaus. — Es kam demnächst die Anklagesache wider den Tagelöhner Anton Szulczewski wegen vorsätzlicher schwerer Körperverletzung verbunden mit dem Verluste der Sehkraft zur Verhandlung. Die Geschworenen verneinten hier die Schuldfrage bezüglich des Verlustes des Sehvermögens und nahmen nur eine einfache Körperverletzung an. Es erfolgte demgemäß die Verurtheilung des Angeklagten Szulczewski zu 6 Wochen Gefängniß.

♀ **Bromberg**, 12. März. [Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes] hatten sich heute zwölf hiesige Bürger vor dem Polizei-Richter zu verantworten. Der der Anklage zu Grunde liegende Thatbestand ist folgender: Am 8. Januar fand hierselbst eine Sitzung des Handwerker-Vereins statt, in welcher über die damals bevorstehende Reichstags-Abgeordnetenwahl berathen und eine Resolution dahin gefaßt wurde, nur den fortschrittlichen Kandidaten Regierungsrath Alsen zu wählen. In diesem Vorgehen erblickte die Polizeibehörde eine Uebertretung des Vereinsgesetzes und erhob die Anklage nicht nur gegen den Vorstand des Vereins, sondern auch gegen die Redner in jener Sitzung. Die Anklage behauptete Folgendes: Der bromberger Handwerker-Verein hat nach den Statuten den Zweck, den Handwerkerstand zu belehren und die Interessen desselben wahrzunehmen. Der § 16 bestimmt zur Abhaltung ordentlicher Versammlungen einen jeden Montag. Am 8. Januar cr. hat eine solche Versammlung stattgefunden. In derselben ist aber auch Nichtmitgliedern gestattet worden, sich an der Debatte zu betheiligen. Der Gegenstand der Debatte betraf aber keineswegs das Interesse des Handwerkerstandes, sondern ausschließlich die am 10. Januar abgehaltene Wahl eines Reichstags-Abgeordneten. Polizeilich war diese Versammlung, wenngleich dies hätte geschehen müssen, nicht angemeldet und deshalb lag eine Uebertretung des Gesetzes vom 11. März 1850 vor. — Rechtsanwalt Kempner, als Vertheidiger der Angeklagten, welche mit Ausnahme zweier Personen, der Herren Wenzel und Stoetzer, sämmtlich erschienen waren, erblickte in der Berathung über die Wahl der Abgeordneten, gegenüber den Agitationen der sozialdemokratischen Partei, eine Belehrung des Handwerkerstandes resp. eine Wahrnehmung seiner Interessen und beantragte schon aus diesem Grunde eine Freisprechung der Angeklagten, übrigens bezog er sich auf eine Ministerial-Verfügung, welche in Folge einer Beschwerde über die hiesige Regierung s. Z. erlassen worden war und worin der Minister den hiesigen Handwerker-Verein als einen politischen Verein anerkannt hat, der deshalb nicht nöthig hatte, seine regelmäßigen Sitzungen der Polizei anzuzeigen. Aus diesem Grunde erfolgte die Freisprechung der Angeklagten, indem der Richter annahm, daß es Sache der Polizei gewesen wäre, die Sitzungen event. polizeilich zu überwachen.

Vermischtes.

× **Berlin**, 12. März. Am 10. März versammelten sich die Mitglieder des hiesigen Hilfs-Vereins für Rawitscher zur Feier des fünften Stiftungsfestes im Saale des Hotel de Saxe. Sanitäts-Rath Dr. Blaschko, Vorsitzender des Vereins, konstatirte das auch in diesem Jahre segensreiche Wirken des Vereins, der aus kleinen Anfängen hervorgegangen sei und von jener Ausdauer getragen werde, welche Bürgschaft für Erlangung des Großen gewähre. Nach der Feststellung des Rendanten Herrn Siegf. Braun sind an Unterstützungen im verflossenen Jahr ca. 1500 Mark verausgabt worden, während als Fonds 4593 M. 22 Pf. verbleiben. Darauf wurde der bisherige Vorstand wieder gewählt und zwar als: Vorsitzender San.-Rath Dr. Blaschko, Rendant Bank. Siegf. Braun, Mitglieder Bank. J. Rothstein, Hofphotograph Max Pflaun, Louis Bry, Jul. Rosenthal und Michael Zuckermann (Protokollführer). Bei dem geselligen Feste, dem zahlreiche Damen beiwohnten, begrüßte der Vorsitzende die Erschienenen und hieß sie willkommen. Herr Zuckermann toastete auf die Damen, die Förderer des Humanismus, Herr A. Cohn auf den Vorstand, der konstitutionell regiere und mit den „Einberufenen" nie in Konflikt gerathen sei. Herr stud. jur. Zuckermann brachte der Posener Zeitung, die stets an den Kindern der Provinz Theil nehme, wenn sie auch nicht mehr intra muros weilen, ein Hoch. Ein Ball beschloß das Fest.

⊙ **Breslau**, 11. März. [Winter. Bauliches. Mord] Der harte Nachwinter dauert noch fort und ist die letzte Woche von einem so bedeutenden Schneefalle begleitet gewesen, daß die Nächte wiederum bei der Abfuhr des Schnees haben zu Hülfe genommen werden müssen. Aus dem Hochgebirge wird ebenfalls gemeldet, daß die Schneemassen dort ganz gewaltige sind und derselbe in dem hirschberger Thale sogar einen halben Meter hoch liegt. Für die Wintersaaten ist diese warm haltende Decke sehr wünschenswerth, denn diese würden durch die strenge Kälte gewiß gelitten haben, ob wir aber bei der vorgeschrittenen Jahreszeit und bei dem zu erwartenden raschen Thauwetter nicht gefahrbringendes Hochwasser zu befürchten haben werden, ist eine andere Frage. — Auf dem Rennplatze bei Scheitnig ist der Bau eines massiven Tribünengebäudes durch den schlesischen Rennverein bereits in Angriff genommen; in diesem Jahre soll jedoch nur der Mittelbau ausgeführt werden, welcher bis Anfang Juli den stattfindenden Rennen beendigt sein muß. Der Anbau der beid[en] Seitenflügel kommt erst in den nächsten beiden Jahren zur Au[s]führung, während das massive Stall- und Sattelhaus ebenfalls no[ch] in diesem Jahre fertig gestellt werden soll. Das von dem schlesisch[en] Bankverein auf dem Museumsplatze zu Telegraphenzwecken erbau[te] großartige Gebäude, in welchem die Dienstlokale der Telegraphe[n]-Stationen bisher miethsweise untergebracht waren, wird noch i[m] Laufe dieses Jahres in den Besitz des deutschen Reiches überge[hen,] da im Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1877/78 für die Reich[s]post- und Telegraphen-Verwaltung zur Erwerbung eines eigen[en] Grundstückes hierselbst als letzte Rate 179,988 M. ausgeworfen [ist.] Die Erwerbskosten des Gebäudes betragen überhaupt 539,988 [M.] An dem Weiterbau des Provinzial-Museums ist in dem im Al[lge]meinen sehr milden Winter 1876/77 fleißig fortgearbeitet und die [Be]dachung gänzlich fertiggestellt worden. Das Gebäude, welches [im] Rohbau gehalten ist, gewährt jetzt schon einen sehr imposanten [An]blick. In dem früheren königlichen Bankgebäude auf der Albrecht[s]straße, welches seiner Zeit für den Preis von 450 M. in den Be[sitz] des Kaufmanns Mattes Cohn übergegangen und diesem nach Uebersiedelung der Bank in das neuerbaute Lokal am Palais-Pla[tz] am 1. Oktober 1876 übergeben ist, hat der Besitzer ein wiener Kaff[ee]-Lokal im großartigen Maßstabe errichtet, welches heute unter de[m] Namen Café Royal der Oeffentlichkeit übergeben worden ist. [Der] Pächter zahlt für die dazu benutzten Parterre-Räumlichkeiten jähr[lich] 9000 M. Pacht und, da die übrigen 3 Etagen ebenfalls gegen [ent]sprechende Pachtbeträge vermiethet sind, so wird ersichtlich, daß [der] Erwerber mit dem Ankauf des Gebäudes kein schlechtes Geschäft [ge]macht hat. Einen großen Schreck hat eine Entscheidung des [Ver]waltungsgerichts hervorgerufen, indem dasselbe den Grundsatz aus[ge]sprochen hat, daß auf öffentlichen Plätzen oder Straßen befindl[iche] sogenannte grundfeste Holz-Bauden, welche ein eigenes Hypothe[ken]folium besitzen, auch massiv erneuert werden können. Es gew[ährt] dies für uns Breslauer eine sehr trübe Perspektive, denn unser [Ring] ist auf seiner Ost- und Südseite durch ca. 50 solcher Bauden arg verunstaltet, deren Fortbestand ein großes Uebel für unsere S[tadt] wäre. Der von einem Wohlthäter der Stadt gestiftete Baudenfo[nds] von 300,000 M., dessen Zinsen zum Ankauf derartiger Bauden [ver]wendet werden, reicht ohnedies kaum hin, jährlich ein oder zwei [der] Holzbauden anzukaufen. — In der Ruffer'schen Maschinenfabri[k ist] gestern ein Werkmeister von einem Schlossergesellen während [der] Arbeit mit einem Hammerschlage auf den Kopf getödtet wor[den.] Ein ausgesprochener Tadel des Meisters über schlecht gefertigte Ar[beit] ist der Grund dieser That gewesen. Der Mörder hat sich sofort [den] Gerichten gestellt.

* **Ein Mohr als Beamter.** Aus Berlin schreibt die „Tri[büne"]: Treu dem Grundsatze der Gleichheit vor dem Gesetze, hat die[jenige] Behörde, welche zur Aufrechterhaltung dieses Prinzips verpflichtet [ist,] auch rücksichtlich ihrer ausübenden Organe dasselbe zur Anwen[dung] gebracht, denn zu den Beamten des hiesigen Stadtgerichts zählt [seit] einigen Tagen auch — ein leibhaftiger Mohr, welchen das Spiel [des] Schicksals von dem meerumflutheten Eilande seiner fernen Heimat, einer Insel Australiens — nach den Amtsstuben eines preußi[schen] Gerichtes als Hülfsarbeiter versetzte. Der Sohn Australiens ha[t bei] seinem Dienstantritt übrigens versprochen, mit seinen Amtsge[nossen] „mit den bleichen Gesichtern" gute Kollegialität zu pflegen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Emission 3proz. sächsischer Rente.** Das königl. säch[sische] Finanzministerium beabsichtigt, wie aus Dresden geschrieben [wird,] von der durch Gesetz vom 6. Juni 1876 sanktionirten 3proz. sächsi[schen] Rente demnächst einen weiteren Betrag von 55 Millionen Reichs[mark] zu begeben. Ueber den Modus der Begebung verlautet noch ni[chts.] Der diesen Rentenscheinen beigefügte Zinscoupon beginnt mit [der] Zinsleistung vom 30. Juni 1877.

** **Wien**, 10. März. Die Karl-Ludwigsbahn [hat] ihre ordentliche Generalversammlung zum 14. Mai c. ausgeschrie[ben;] die Tagesordnung derselben bilden die herkömmlichen Verhandlu[ngs]gegenstände, die Deponirung der Aktien durch die Aktionäre hat [bis] zum 15. April c. zu erfolgen.

** **Wien**, 10. März. Wochenausweis der gesammten Lom[bardischen] Eisenbahn vom 26. Februar bis 4. März 1,265,7[..] Fl. gegen 1,126,961 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahre[s,] mithin Wochenmehreinnahme 138,740 Fl.

Die Einnahme des italienischen Netzes in der Woche vo[m] 26. Februar bis 4. März betrug 664,875 Fl., die Mehreinnahme desselben 40,711 Fl., die Gesammtmehreinnahme des italienischen Netzes seit 1. Januar d. J. 330,383 Fl., die Gesammtmehreinnahme des öster[reichischen] Netzes seit 1. Januar d. J. 990,341 Fl.

** **Banque de Bukarest.** Die in Bukarest erscheinende „Epoca" meldet: Angesichts der allgemeinen Krisis, von welcher nun schon se[it] Jahr und Tag alle Geldmärkte Europas heimgesucht sind, haben [die] Gründer der „Banque de Bukarest" beschlossen, ihre Einlagen zurück[zu]ziehen und das Institut aufzulösen. Die Gründer erhalten [ihre] Einlagen nicht nur voll zurück, sondern empfangen auch noch [einige] Benefizien, die von der gedachten Bank im Laufe ihres einjährigen Wirkens erzielt worden sind.

Briefkasten.

Civis. Dank für Ihre Belehrung, die wir gern mittheilen. Bra[xa]tor und Brassator, korrumpirt aus (dem mittelalterlichen latein. Worte) [bra]ciator", zu welchem noch eine verwandte Form in diesem Latein e[xistirt,] „Brasseria" (la Brasserie), heißt einfach: Bierbrauer. Vgl. Da-C[ange,] Lex. med. et infimae latinitatis.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. März. Der Reichstag trat in die zweite Lesung des Etats ein und genehmigte die Titel 1—10 des Reichskanzleramts-Etats unverändert. Eine längere Debatte führte die von Hänel und Lasker nochmals angeregte Frage der Organisation von Reichsministerien herbei, wobei Fürst Bismarck wiederholt das Wort nahm und hervorhob, daß Reichsministerien in den Rahmen der jetzigen Reichsinstitutionen nicht paßten, die Verfassung zeichne die Bahnen, worin man sich zu bewegen habe, vor, so lange er Kanzler bleibe, werde er dieselben nicht verlassen. Der Rückblick auf die Vergangenheit des jungen deutschen Reichs zeige, daß das Reich in seinen organisatorischen Einrichtungen nur langsam vorschreiten könne, daß man bisher aber sich in richtigem Geleise bewegte und praktische Fortschritte machte. Die Organisation der Verwaltung müsse vor sich gehen, ohne daß man das Haus immer mit Verfassungsfragen füttere. Das Schlimmste sei, daß man sich Vieles anders vorstellte, als es in Wirklichkeit sei, im Innern der Verwaltung sei viel mehr zu verändern, als dem Reichstag, auch sei weder ein Minister des Reichs noch Preußens selbstständig, bei beiden spreche der Kaiser das entscheidende Wort und verweigere nach Umständen die Unterzeichnung einer Vorlage. Der Reichstag könne den Kanzler drängen, sich zu verantworten, weshalb er das oder jenes gethan oder unterlassen habe, von Verantwortlichkeit in anderem Sinne könne nicht die Rede sein.

(Beilage.)